

ATTAC Karlsruhe/AK Kinderarmut  
Offener Brief an die Bundesregierung:  
**Über Kinderarmut, sozialen Rechtsstaat und Pferdeäpfel**

Wie lassen sich massiv angewachsene Armut und Benachteiligung von Kindern und Klassenschranken einerseits, hohe Konzernprofite, Finanzspekulationen und steigender Reichtum andererseits mit dem Anspruch eines sozialen Rechtsstaates vereinbaren? Gar nicht.

Ein Machtkartell von Konzernen und Kapitalvertretern in Politik, Wirtschaft und Medien bedient radikal und effizient die Interessen einer Oberschicht – also seine eigenen. Die Folgen dieser Politik sind zunehmende Verarmung eines wachsenden Teils der Bevölkerung, eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Während in Armut aufwachsende Kinder krank werden und keine Chance haben, an Bildung, Kultur und guter Lebensqualität Teil zu haben, nehmen Profite, Vermögen und Finanzspekulationen groteske und gefährliche Formen an. Dadurch werden Prinzipien von Gerechtigkeit und Demokratie missachtet und pervertiert.

Die neoliberal orientierte Interessenpolitik der Bundesregierungen hat sich von Prinzipien eines Rechts- und Sozialstaates verabschiedet. Denn nach dem Grundgesetz ist notwendige Bedingung eines sozialen Rechtsstaates, dass „zur Verwirklichung der rechtstaatlichen Freiheit die dafür erforderlichen sozialen Voraussetzungen für alle geschaffen werden (Auftrag an den Gesetzgeber zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit und zum Abbau sozialer Ungleichheit...)“ (A. Katz, Staatsrecht, 1987, S. 75) Und: „Der sozialstaatliche Auftrag will also Ausgleich und Schonung der Interessen, strebt annähernd gleichmäßige Förderung des Wohls aller Bürger und annähernd gleichmäßige Verteilung der Lasten an. Dies hat allerdings im Sinne einer größtmöglichen Chancengleichheit und eines sozialen Ausgleichs, d.h. eines besonderen Schutzes der sozial Schwachen, zu erfolgen (Überwindung des sozialen Ungleichgewichts; Ausgleich der sozialen Defizite).“ (S. 96f.)

Die Realität in Deutschland sieht anders aus. Furcht und Not wachsen, in Berlin ist jedes dritte Kind arm und benachteiligt, die in Armut und Not lebenden Menschen sterben 9-11 Jahre früher als die Reichen. Während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen in den Jahren des Aufschwungs (2004-2007) um 38% und die Profite der Dax-30-Konzerne um 185% zugelegt haben, sind die Real-Renten um 8,3%, die realen Nettolöhne um 2,3% zurückgegangen. Die Bezieher von Hartz IV bekommen real 6,9% weniger. Immer weniger Menschen können von ihrem Lohn leben. Grundlage all dieser Entwicklungen sind nicht Naturgesetze, sondern Entscheidungen der Agenda- und 'Reform'- Politiker und Politikerinnen.

Und immer noch kennt die Gier der Gewinner keine Grenzen; die legalen Steuergeschenke, die hohen Gewinne und Dividenden reichen ihnen nicht, man bedient sich selbst und gegenseitig und entzieht der Gemeinschaft und der breiten Mehrheit immer mehr das Notwendige zum Leben. Diese Oberschicht spricht gern von „Wir“ und „Deutschland“ und „Standort“, wenn sie die eigenen Interessen meint;

sie hat schon durch die Senkung der Spitzensteuersätze, die Streichung der Vermögenssteuer, die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen Milliarden legal geschenkt bekommen - dennoch setzt sie auf Gleichgültigkeit und Vergessen der Menschen bei ihren illegalen Machenschaften von Steuerflucht, Subventionsbetrug und riesigen Schmiergeldzahlungen. Auch dieses Geld wird der Bevölkerung entzogen.

Formal ist Deutschland ohne Zweifel eine Demokratie. Die „Oligarchen“ höhlen aber die Menschenrechte, das Grundgesetz, die UN-Kinderrechtskonvention oder die EU-Grundrechtecharta in ihrer Substanz aus; diese werden einfach nicht beachtet bei politischen Entscheidungen.

„Jeder hat das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.“ Was bedeutet dieses Menschenrecht (Art. 22) für Kinder in Armut oder für Alleinerziehende mit Niedriglohn? Wo findet es Berücksichtigung? Wer klagt es ein? In welcher Weise wurde bei den Hartz-IV-Gesetzen und beim Abbau sozialer Sicherung der Artikel 3 der UN-Kinderrechtskonvention berücksichtigt? Dieser fordert: „Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel, ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“ Stattdessen werden armutsbedingte Erkrankung, mangelnde Bildung und sozialer Ausschluss hingenommen und politisch gefördert und deren Folgen der Wohlfahrt, der Jugendhilfe und der Polizei zur Reparatur und Kontrolle zugewiesen.

Woran können wir feststellen, wenn wir das empörende Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich und die fatalen Folgen für die Ausgeschlossenen sehen, dass es Grundrechte gibt, die die freie Entfaltung der Persönlichkeit garantieren und Benachteiligung auf Grund der Herkunft verbieten? Erlaubt das Grundgesetz staatliche Regelsätze, die nicht nach Bedarf festgelegt wurden und kein menschenwürdiges Leben erlauben? Nein, sagen die Sachverständigen – und dennoch gibt es die Regelsätze unter dem Existenzminimum.

Bisher arbeiten Politik und Konzerne Hand in Hand nach dem Motto: Gib den Pferden zu fressen, dann fällt hinten für die Spatzen auch was ab. Offensichtlich ist das Bild von den Pferdeäpfeln nicht nur zynisch, sondern auch noch verlogen. Denn eine wachsende Gruppe von Menschen verfügt über so geringe materielle, soziale und kulturelle Mittel, dass sie von einer menschenwürdigen Existenz ausgeschlossen bleibt.

Staat und Regierung schaffen Bedingungen für Familien, die wegen ihrer Wirkung den Tatbestand der Kindeswohlgefährdung erfüllen. Armut und Benachteiligung von jedem 5. Kind in Deutschland wird als `Kollateralschaden` einer Politik für die Reichen billigend in Kauf genommen. Oberste Gerichte nehmen die substanzielle Aushöhlung von Grundrechten und Menschenrechten tatenlos hin.

Das Reden der Parteien über Chancengleichheit durch Bildung oder über Kinderrechte im Grundgesetz bleibt so lange eine Ideologie zur Ablenkung von der Forderung nach Gerechtigkeit, wie die Ursachen für die ungerechte Verteilung der Chancen und die unwürdigen Belastungen der wachsenden Gruppe der Ausgeschlossenen und Benachteiligten nicht beseitigt werden.

Niemand kann mehr behaupten, die Politik sei machtlos den Konzerninteressen ausgeliefert. Nein: Die Lohnquote wurde auf ein historisches Minimum gedrückt, Kinderarmut auf ein historisches Höchstmaß, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen vorangetrieben, Schutzwälle gegen den Durchmarsch der Profitinteressen eingerissen, Finanzmärkte Spekulanten überlassen, das Gemeinwohl dem Profitstreben privater Investoren anheimgestellt. Die neoliberale Politik ist nicht hilflos, sie verfolgt aktiv die Kapitalinteressen – sie ist weitgehend mit ihnen identisch.

Wir können und wollen das nicht mehr hinnehmen. Wir fordern

- von der Regierung, den Familien die materiellen, sozialen und kulturellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die für ein menschenwürdiges Leben und für die effektive Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten notwendig sind;
- zum Staatsziel zu erklären und zu garantieren, dass kein Kind auf Grund seiner sozialen Herkunft in Fragen der Gesundheit, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe benachteiligt wird;
- einzugestehen, dass Kinderarmut ungerecht und eine Form der Benachteiligung und Kindeswohlgefährdung ist und ein Programm zum grundlegenden Wandel vorzulegen;
- von Gerichten, Verwaltungsbehörden und Gesetzgebungsorganen, die politischen Entscheidungen, die Prinzipien des Rechts- und Sozialstaates gefährden und – wie wir meinen – gegen geltendes Recht verstoßen, auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen.

Wir möchten mit der Zivilgesellschaft aktiv für die Herstellung demokratischer, rechtsstaatlicher Verhältnisse und für soziale Gerechtigkeit eintreten. Der neoliberale Kapitalismus schadet Menschen und der Demokratie. Wir wollen gerechte Verteilung von Einkommen, Arbeit und Vermögen, von Lebenschancen und Macht!

Georg Rammer, Attac Karlsruhe  
Mai 2008